

Brüssel wieder hautnah erlebt

Der BGA-Europaausschuss tagte unter Leitung seines frisch gewählten Vorsitzenden Jan Krückemeyer am 15. April in Brüssel. Die Themenvielfalt war erneut umfangreich. Mit hochkarätigen Vertretern aus dem Europäischen Parlament, der lettischen Botschaft und von SME Europe diskutierten die Teilnehmer über den sogenannten Juncker-Plan, die lettische Ratspräsidentschaft und die KMU-Politik in Brüssel. Für alle, die sich für Groß-, Außenhandel und Dienstleistungen und Europa interessieren, ein Grund zur Sitzung zukommen.

Investition für Europa

Der Juncker-Plan ist gerade „das Thema“ in Brüssel. Kaum eine Veranstaltung, auf der nicht über ihn gesprochen wird. Ein guter Grund also für den BGA im Rahmen des Europa-ausschusses in Brüssel dies ebenfalls zu tun und dabei die Bedeutung der eigenen Branche zu betonen. Soll doch die Wirtschaft in Europa angekurbelt und hierfür 315 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Mit Peter Simon MdEP, u.a. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, diskutierten die Teilnehmer darüber. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das Investitionsniveau in der EU seit seinem Höchststand von 2007 erheblich gesunken (um etwa 15 Prozent) und liegt damit weit unter seinem historischen Trend. Ein Investitionsprogramm soll hier entgegenwirken und gründet auf drei Komponenten: So sollen Investitionsmittel in Höhe von mindestens 315 Mrd. EUR in den nächsten drei Jahren eingesetzt werden. Zudem sollen durch gezielte Initiativen sichergestellt werden, dass diese zusätzlichen Investitionen auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft abgestimmt sind und schließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Berechenbarkeit der regulatorischen Rahmenbedingungen und zum Abbau von Investitionshemmnissen erfolgen. Damit soll Europa für Investitionen attraktiver gemacht werden. Überlegt werden muss daher auch, wie Investoren gewonnen werden können, die bereit sind ein höheres Risiko einzugehen. In der Diskussion wurde deutlich, dass auch der Großhandel vielfach innovativ sei und sich daher für Investitionen anbiete und nicht nur das produzierende Gewerbe.

Chancen und Risiken neuer Technologien

In diesem Zusammenhang wurde auch über Industrie 4.0 und neue Technologien gesprochen. Die Teilnehmer betonten, dass die Entwicklung deutlich über die Industrie hinausginge und die gesamte Wirtschaft und damit auch den Groß-, den Außenhandel und die Dienstleistungen erfasse. Besser sei es daher von Wirtschaft 4.0 zu sprechen. So wurde konkret über die Folgen der 3-D-Drucker-Technologie diskutiert. Wo etwa bleibt der Großhandel, wenn dessen Produkte zukünftig ausgedruckt werden können?

Europäische Nachbarschaftspolitik als ein Schwerpunkt

Liga Renkmane, Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik der Botschaft der Republik Lettland stellte sodann die Schwerpunkte der lettischen Ratspräsidentschaft vor. Schwerpunktthemen seien die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der EU, die stärkere Rolle der EU als globaler Akteur sowie die Nutzung des digitalen Potentials für die europäische Entwicklung. Ausführlich diskutierten die Teilnehmer dabei über den Stand des transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) sowie die Verbesserung anderer strategischer Handelsbeziehungen. Ein weiteres Thema war die Europäische Nachbarschaftspolitik, die für Lettland höchste Priorität hat. Dabei wurde in der Diskussion der Fokus gen Osten gerichtet. Angesprochen wurde auch, wie sich der Großhandel stärker in Ländern wie Moldau und Georgien etablieren kann. Das bevorstehende digitale Binnenmarktpaket wurde ebenfalls behan-

delt. Hier wurde deutlich, welche Veränderungen dies für den Großhandel und das urbane Leben haben könnte. Dabei wurde auch kritisch angemerkt, dass man noch nicht einmal den Binnenmarkt vollendet habe aber bereits über den digitalen Binnenmarkt rede.

Dr. Horst Heitz, Executive Director SME Europe ging schließlich auf die KMU-Politik durch SME Europe ein. Diese Vereinigung wird von 18 Mitgliedstaaten getragen und setzt sich für die Belange der KMU Politik ein.

[Michael Faber]


BGA AKTUELL

Pressegroßhandel geht mit neuer Führungsstruktur in die Zukunft

Die Mitglieder des Bundesverbandes Presse-Grosso haben ihrem Verbandsvorstand für weitere zwei Jahre das Vertrauen ausgesprochen. Frank Nolte (erster Vorsitzender), Robert Herpold (zweiter Vorsitzender) und Jan Carlsen (Betriebswirtschaft) wurden im Amt bestätigt. Die Wahl erfolgte im Rahmen der Ordentlichen Hauptversammlung des Bundesverbandes.

Die Vorstandswahlen erfolgten satzungsgemäß im Rahmen der Ordentlichen Hauptversammlung des Bundesverbandes Presse-Grosso am 22./23. April 2015 in Bonn. Der Vorstand wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

Dort wurde auch der Geschäftsbericht 2014 vorgelegt. Die 112 Seiten starke Publikation bietet einen aktuellen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des Pressegroßhandels und der Branche in den strategischen Bereichen Vertriebsmarkt, Marketing und Marktanalyse. Zudem informiert der Geschäftsbericht über die neuen Services MYKIOSK.COM und SCAN NOW des Pressegroßhandels, die die Brücke zwischen analogen und digitalen Angeboten schlagen. Weiterer Bestandteil ist die mit der Lebensmittelzeitung entwickelte Informations- und Imagekampagne für Presse im Lebensmitteleinzelhandel. Eine umfassende Dokumentation und Chronik runden den Geschäftsbericht ab.

 Pressemitteilung des Bundesverbandes Presse-Grosso (Auszug) vom 23. April 2015

KONJUNKTUR

Creditreform-Umfrage: Lage im Mittelstand positiv, aber Aussichten eingetrübt

Ein günstiges konjunkturelles Umfeld, aber auch zunehmende Belastungen beschreiben die aktuellen Rahmenbedingungen des deutschen Mittelstandes. Einerseits hat die Konjunktur zum Jahreswechsel 2014/15 wieder an Fahrt aufgenommen und stieg im 4. Quartal 2014 um 0,7 Prozent zum Vorquartal. Ebenso, dank des schwachen Euros, floriert der Export durch steigende Ausfuhren. Andererseits steigen die Belastungen für die mittelständischen Unternehmen. Stichworte sind hierbei der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro und die abschlagfreie Rente mit 63. Dies sind zusammenfassend die Ergebnisse einer Umfrage von Creditreform Wirtschaftsforschung im Frühjahr 2015.

Die Umfrage bestätigt das Bild einer insgesamt robusten Wirtschaftslage im Mittelstand. Die anhaltend positive Stimmungslage spiegelt sich in den vier Hauptwirtschaftsbereichen wider. Dabei hat sich im Dienstleistungsgewerbe der Anteil der Unternehmen, die ihre Geschäftslage mit „sehr gut“ oder „gut“ bezeichnen um 4 Prozent erhöht (nun bei 60,4 Prozent). Im Baugewerbe wurden 60,3 Prozent der befragten Unternehmen mit positiven Meldungen verzeichnet. Etwas gedämpfter, aber weiterhin positiv, ist die Stimmungslage im Verarbeitenden Gewerbe (56,3 Prozent) sowie im Handel (45,3 Prozent). Ein Indiz laut Creditreform, dass die Stimmungslage im Mittelstand weiterhin positiv bleibt, ist die gute Auftragslage der Unternehmen. Gut jeder Vierte berichtet von steigenden Auftragseingängen. Allerdings hat sich zum Vorjahreswert der Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang der Auftragsbestände hinnehmen mussten, erhöht. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil der Unternehmen, die gesunkene Auftragseingänge hinnehmen mussten, im Baugewerbe (21,7 Prozent), gefolgt vom Handel (21,2 Prozent). Dabei war vor allem der Großhandel stärker betroffen als im Vorjahr.

Einer positiven Auftragsentwicklung folgt eine positive Umsatzentwicklung. Gut ein Viertel der mittelständischen Unternehmen (26,2 Prozent) konnten ihren Umsatz gegenüber dem vergangenen Herbst steigern. Im Handel dagegen hat sich die Lage gedreht. So konnten 2013 noch 26,7 Prozent

der Unternehmen von steigenden Umsätzen berichten, 2014 waren es lediglich noch 23,1 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil im Handel derer, die über gesunkene Umsätze klagen von 21,4 auf 24,8 Prozent. Die aktuell günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen die Erwartungen des Mittelstandes und lassen die Unternehmen weitgehend zuversichtlich in die kommenden Monate blicken, so Creditreform. Belastungsfaktoren ausgehend von politischen Weichenstellungen und zunehmende bürokratische Hemmnisse werden derzeit noch von der guten Wirtschaftslage überdeckt. Während im Handel eine Eintrübung festzustellen ist, fallen die Umsatzerwartungen in den drei anderen Hauptwirtschaftsbereichen positiv aus. Mitverantwortlich für die leichte Verschlechterung der Stimmungslage im Handel könnte auch der seit Jahresbeginn geltende gesetzliche Mindestlohn sein, der den Handel stärker als andere Wirtschaftsbereiche berühren dürfte, so Creditreform weiter.

Der Personalbestand in den mittelständischen Unternehmen hat sich weiter erhöht. Der Mittelstand bleibt Triebfeder des Stellenaufbaus in Deutschland. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen. Der Saldo aus Mittelständern, die aufstocken, und denjenigen, die verkleinern, liegt mit plus 16,7 Prozent im Bereich der Vorjahreswerte. Allerdings steht der hohen Einstellungsbereitschaft der Fachkräftemangel, der in vielen Bereichen schon zu längeren Vakanzen geführt hat und den Unternehmen intensivere Bemühungen bei der Personalsuche abfordert, gegenüber. Positiv ist, dass die Einstellungsbereitschaft im Handel bei mittelständischen Unternehmen überdurchschnittlich hoch ausfällt (24,5 Prozent).

Der Mittelstand bleibt auf Kurs und blickt weitgehend zuversichtlich nach vorn. Risiken und Belastungsfaktoren im wirtschaftspolitischen Umfeld werden derzeit noch von der guten Wirtschaftslage überdeckt. Hingegen ist die Anzahl der Optimisten im Handel gesunken. Laut Creditreform erwartet jeder sechste Händler (16,1 Prozent) in den kommenden Monaten weniger Ertrag. Insgesamt bewerten die Unternehmen die Ertragslage im Wirtschaftsbereich Handel als stabil (59,2 Prozent).

i Quelle: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Creditreform Wirtschaftsforschung, Frühjahr 2015

[Moritz Melchior]

DIENSTLEISTUNG

Dienstleistungen und Digitalisierung im Fokus des Bundeswirtschaftsministeriums

Die Potenziale und Herausforderungen der Digitalisierung für die Dienstleistungswirtschaft standen im Mittelpunkt einer Konferenz am 28. April 2015 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Die wirtschaftlichen Perspektiven aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Auswirkungen auf das Arbeitsleben waren Schwerpunkte. Die Themen Energieeffizienz-Dienstleistungen mit Blick auf die Möglichkeiten von digitalanschlusssfähigen Produkten zur Verringerung des Energieverbrauches („Smart Services“), produktbezogene Dienstleistungen zur Optimierung des Einsatzes von Maschinen, Anlagen und ortsunabhängigen Dienstleistungen sowie das Thema „Besser Leben“ mit Blick auf die Vernetzung der Haustechnik wurden in Workshops auf Chancen und Anforderungen näher beleuchtet.

In seiner Eröffnung hob Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig hervor, dass die Digitalisierung zu einer fundamentalen Veränderung der Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen führe. Sie entscheide über die Wettbewerbsfähigkeit in Industrie und Dienstleistungssektor mit. Er stellte vor diesem Hintergrund die Herausforderung für Wirtschaft, Rahmenbedingungen und Ausbildung in Deutschland vor. Betroffen seien nicht nur aktuelle Geschäftsmodelle, sondern auch der Strukturwandel. Er warnte davor, dass Unternehmen sich am Markt nicht mehr behaupten könnten, wenn sie sich nicht auf die Digitalisierung einstellen. Das Bundeswirtschaftsministerium setze sich deshalb dafür ein, Zentren einzurichten, die gerade kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung beraten. Wichtig sei auch, die Frage zu beantworten, wie es gelingen könne, die Digitalisierung voranzubringen. Mit Industrie 4.0 sei eine Plattform zur Standardisierung und zu den Rahmenbedingungen für die Industrie eingerichtet worden. Er plädierte dafür, auch für den Dienstleistungssektor Rahmenbedingungen zu vereinbaren und Initiativen zur Digitalisierung voranzubringen. Das BMWi habe hierzu ein Smart Service-Programm zur Begleitung des Prozesses mit einem Volumen von 50 Millionen Euro aufgelegt.

Als Vertreter für die Wirtschaft rückte DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben die Veränderung der

Kunden–Lieferanten–Schnittstelle in den Fokus. Die Digitalisierung führe zu einer Veränderung der Kultur des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Miteinanders und erläuterte dies am Beispiel des Urheberrechts. Auch gehe es darum, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer die damit einhergehenden Veränderungen der Rechtsphilosophien umsetzen. Er warb dafür, die Diskussion um die Digitalisierung in die Fläche zu bringen, um alle Menschen und kleine und mittlere Unternehmen zu erreichen. Dabei sollten gerade junge Menschen miteinbezogen werden, da vor allem deren Zukunft von der Digitalisierung beeinflusst werde. Weiterhin plädierte er dafür, die Diskussion um die Digitalisierung auch auf europäischer Ebene zu führen.

Für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stellte Lothar Schröder, Mitglied des Bundesvorstandes, die möglichen Folgen für die Menschen in den Mittelpunkt seines Statements. Er plädierte für eine regulatorische Gestaltung der Digitalisierung, um dem „Albtraum von gläsernen Dienstleistungen“ vorzubeugen. Dazu gehörten Qualitätsstandards der Soft- und Hardware-Ergonomie, der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisation, ein angemessener Schutz der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten ebenso wie Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote.

Auf der Konferenz wurde eine Online-Konsultation des Instituts FIR an der RWTH Aachen durch Professor Dr. Volker Stich vorgestellt. Danach planen nahezu 90 Prozent der Befragten eine Ausweitung von internetbasierten Dienstleistungen. Kernherausforderungen seien der Mangel an Fachkräften sowie fehlendes Vertrauen in die Datensicherheit. Auch wünschten sich die Befragten mehr Unterstützung durch die Politik. Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, fasste die Konferenz dahingehend zusammen, dass die Digitalisierung maßgeschneiderte individuelle Lösungen für viele Wirtschaftsbereiche ermögliche. Sie ermögliche effizientere Betriebsabläufe, beeinflusste aber auch Arbeitsabläufe. Sie regte an, auch intelligente Dienstleistungen zu entwickeln und hierzu Normen im Dialog miteinander und ressortübergreifend zu entwickeln.

📄 Weitere Informationsmaterialien können abgerufen werden unter:
<http://www.bmwi.de/DE/Themen/digitale-welt.html>

[Michael Alber]

Zitat der Woche

»Korruption stinkt, eine korrupte Gesellschaft stinkt, und ein Christ, der die Korruption in sich hinein lässt, ist kein Christ, er stinkt.«

Papst Franziskus, Oberhaupt der katholischen Kirche

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 5. Mai 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich